

religionen:info

newsletter religionen in deutschland juni:07

Editorial

Dies ist die erste Ausgabe des neuen Newsletters »religionen:info«. Er setzt ein Projekt fort, das in den Jahren 2002 bis 2005 Bestandteil der »Informationsplattform Religion« des *Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes e. V. REMID* war, doch nach dem Ende der Finanzierung des damaligen Gesamtprojekts aus Mitteln des Entimon-Programms der Bundesregierung nicht fortgesetzt werden konnte.

Neu an »religionen:info« ist die redaktionelle Verantwortlichkeit. Der Newsletter wird von *Steffen Rink, Agentur für Text, Web, Grafik und Dokumentation* hergestellt und über REMID verbreitet. Neu ist auch die angestrebte monatliche Erscheinungsweise. Kontinuität hingegen besteht im Konzept. »religionen:info« bietet neben ausführlicheren Informationen und Einschätzungen zu aktuellen Themen weiterhin Kurzinformationen zu Entwicklungen bei Religionen in Deutschland und verweist auf interessante Seiten und Materialien im Internet. Themen, in denen die religiöse Pluralität und ihre gesellschaftlichen Folgen sichtbar werden, stehen weiterhin im Zentrum des Interesses wie auch Aspekte von Migration und Integration in Zusammenhang mit Religionen. Geblieben ist selbstverständlich auch die religionswissenschaftliche Orientierung

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist der Islam. In den nächsten Monaten werden auch andere Religionen ausführlicher Gegenstand von »religionen:info« sein.

Als Leserin und Leser sind Sie ausdrücklich zu Anregungen und Kritik aufgefordert. Wenn Sie Hinweise haben, die bei »religionen:info« vielleicht gut platziert wären, senden Sie einfach eine eMail. Die Kontaktadressen finden Sie auf der letzten Seite.

Wir wünschen uns, dass »religionen:info« für Sie zu einer gern gelesenen Informationsquelle wird!

Für den Vorstand von REMID
Krischan Ostenrath, Vorsitzender

Redaktion
Steffen Rink

Feiertage im Juni und Juli

Im Juni und Juli gibt es drei bedeutende Feiertage. Eine ausführliche Übersicht aller Feier- und Festtage gibt die Religionswissenschaftlerin Kerstin Probiesch auf ihrer Seite feste-der-religionen.de

Vesakh (Mai / Juni)

Vesakh ist der höchste Festtag im Buddhismus. Je nach Tradition werden an diesem Tag sowohl der Geburtstag, das Erwachen und der Eingang des Buddha ins Nirvana gefeiert, andere Traditionen begehen an Vesakh nur das Erwachen (die Erleuchtung) des Buddha. Der Name des Festes bezieht sich auf den Monat Visakha, der nach indischem Kalender im Monat Mai oder Juni beginnt.

In Deutschland hat die Deutsche Buddhistische Union im Jahr 2005 erstmals eine überregionale, von verschiedenen buddhistischen Traditionen getragene Vesakh-Feier ausgerichtet. Sie fand in diesem Jahr bereits am 5. Mai statt. Ein Vesakh-Kalender verschiedener buddhistischer Zentren zeigt indes, dass die Terminierung unterschiedlich ist und auch nicht mehr an den traditionellen Vollmond für den Beginn der Feierlichkeiten gebunden ist. So findet noch am *23. Juni in Frankfurt* eine öffentliche Vesakh-Feier statt, die von mehreren Zentren organisiert wird. An dem Tag gibt es neben Meditationen und Lehrunterweisungen auch Vorträge und Podiumsgespräche zu Themen buddhistischer Lebensführung und kulturelle Darbietungen.

Im Internet:

[Religiöse Feste, Feiertage und Gedenktage](#)

Mehr dazu:

[Liste der Vesakhfeiern 2007 \(PDF\)](#)

[Vesakh in Frankfurt a. M.](#)

Fronleichnam (7. Juni)

Dieses Fest des katholischen Christentums erinnert an den Kerngehalt der Eucharistie, d. h. der Vereinigung des Menschen mit Gott über den Leib Christi in Gestalt von Brot und Wein. Die Ursprünge des Festes gehen auf das Mittelalter zurück, als das vierte Lateran-Konzil im Jahr 1215 die Transsubstantiation anerkannte, nach der sich in der Eucharistiefeyer die grundlegende »Substanz« von Brot und Wein in Fleisch und Blut wandelt – Christus also präsent ist –, ohne dass sich die wahrnehmbaren Eigenschaften ändern (weshalb der immer wieder auch satirisch eingebrachte Vorwurf des »Kannibalismus« fehl geht). Diese Lehre wurde 1551 letztgültig bestätigt, doch schon 1264 hat Papst Urban IV. das Begehen des Fronleichnamsfestes zur Pflicht gemacht. Im 14. Jahrhundert entwickelte sich die Praxis der öffentlichen Prozessionen, bei der eine geweihte Hostie an der Spitze des Zuges getragen wird, die auch heute noch das Bild des Festes bestimmen. Das Wort Fronleichnam kommt aus dem Althochdeutschen und bedeutet »Herren (fron) lebendiger Leib (lichnam)«. Das Fest wird am zweiten Donnerstag nach Pfingsten begangen.

Himmelsreise des Propheten Mohammed (19. Juli)

Dieses manchmal auch als »Himmelfahrt« Mohammeds bezeichnete Fest findet nach dem islamischen Mondkalender am 27. Tag des Monats Radschab statt und gehört zu den fünf heiligen Nächten im Islam. Auf einem mystischen Reittier gelangte Mohammed in dieser Nacht zunächst nach Jerusalem. Dort stieg er auf einer Leiter in den siebenfach geschichteten Himmel auf, wo er Propheten des Judentums / Christentums (Jesus) begegnete. In der siebten Sphäre steht er auch Allah gegenüber, der den Menschen täglich 50 Gebete auferlegen möchte. Durch Intervention des Mose handelt Mohammed die Zahl aber auf fünf – die Zahl der heutigen Pflichtgebete – herunter.

Insbesondere in der Dichtung wird diese Nachtreise in fantastischen Bildern beschrieben. Der Mystik symbolisiert die Himmelsleiter den inneren Aufstieg und die so mögliche Vereinigung mit Allah.

Aktuelle Debatte: Koordinierungsrat der Muslime (KRM)

Viele Kommentatoren der Medien schreiben die Gründung des Koordinierungsrats der Muslime am 28. März 2007 mehr oder weniger direkt Wolfgang Schäuble zu. Der Bundesinnenminister habe mit der von ihm initiierten Islamkonferenz im Herbst 2006 die Frage einer einheitlichen Vertretung der Muslime in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt. Die großen islamischen Dachverbände, die sich im KRM zusammengetan haben, hätten entsprechend reagiert. Ein Ziel sei dabei unter anderem gewesen, den alleinigen Vertretungsanspruch für alle Muslime in Deutschland zu reklamieren. Es spricht einiges dafür, dass diese Wahrnehmung zu den zahlreichen kritischen Anmerkungen über den KRM beigetragen hat. Anfangs noch zaghaft geäußert, überwiegt knapp zwei Monate nach dem Verhalten der Beifallsbekundungen zur Gründung im März die Skepsis. Sie wird von zwei Argumenten getragen: Der Koordinierungsrat repräsentiere nur einen geringen Teil der Muslime in Deutschland und darüber hinaus sei er von konservativ bis fundamentalistisch orientierten Verbänden getragen. Auch wenn die als verfassungsfeindlich eingestuften Organisationen »Milli Görüs« und »Islamische Gemeinschaft Deutschlands« nicht direkt vertreten seien, machten sie ihren Einfluss über die beiden Dachverbände »Zentralrat der Muslime in Deutschland« und »Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland« geltend.

Lange Vorgeschichte

Dabei reichen die Bemühungen zur Bildung einer einheitlichen Interessenvertretung schon weit in die Zeit vor dem 28. März 2007 zurück. Und es war in der Tat die deutsche Politik, die immer wieder das Fehlen einer für alle Muslime sprechenden Organisation bemängelte. Dies wurde insbesondere bei den Bemühungen der Muslime zur Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts zum Ausdruck gebracht. Die bestehenden Moscheeverbände repräsentierten nur einen quantitativ, ethnisch oder theologisch begrenzten Ausschnitt des islamischen Spektrums – und in Gestalt einiger Organisationen sei dieser auch noch gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet –, was sich auch in den bestehenden Zusammenschlüssen spiegele. Vereinigungen auf Landesebene hingegen seien oft von Milli Görüs dominiert oder als

Verband von Verbänden keine Religionsgemeinschaft, da sie keine individuelle Mitgliedschaft vorsähen. Und wenn doch, wie etwa im Fall der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, fanden sich andere Gründe, die Organisation nicht als Partner für einen islamischen Religionsunterricht zu akzeptieren.

Das Schura-Modell, wie es seit 1999 erfolgreich in Hamburg praktiziert wird und später auch in Niedersachsen umgesetzt wurde, schien einen Ausweg zu bieten. Die »Schura« ist in der islamischen Tradition ein Beratungsgremium von Vertretern unterschiedlicher religiöser Strömungen oder gesellschaftlicher Gruppierungen. In Hamburg sind knapp 40 Einzelmoscheen oder Vereine wie z. B. die »Initiative für islamische Studien e. V.« Mitglied in dem dem wiederum als Verein organisierten »Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e. V.«

Damit lag es nahe, in einem ähnlichen Modell auch die bundesweit aktiven Verbände zu organisieren. Das sind neben den beiden Spitzenverbänden Zentralrat und Islamrat der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) – einst Gründungsmitglied des Zentralrats, dann aber ausgeschieden – und DITIB, der von der staatlichen türkischen Religionsbehörde getragene Moscheeverband. Die Pläne scheiterten indes nicht zuletzt an den verschiedenen Alleinvertretungsansprüchen für die deutschen Muslime, die zuletzt insbesondere von DITIB immer wieder erhoben wurde, und auch an den Rückkopplungen einzelner Verbände zu den »Herkunftsländern«, wo im Falle von DITIB die verschiedenen Politikwechsel der türkischen Regierungen mit vollzogen wurden, oder wo im Fall des VIKZ die ehemals dialogorientierte Haltung nach einem Führungswechsel des in der Türkei ohnehin nicht gelittenen Süleymanci-Ordens, zu dessen durch Migration nach Deutschland gelangten Umfeld der VIKZ gehört, aufgegeben wurde.

Gleichzeitig aber war klar, dass es nur einen gemeinsamen Verband aller Verbände geben könne oder keinen. Dies formulierte etwa Ayyub Axel Köhler, damals noch in zweiter Reihe im Zentralrat aktiv, bereits im Frühjahr 2005 beispielsweise auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum: Man werde sich im neuen Dachverband nicht auseinander dividieren lassen und alle Verbände einbeziehen. Eine Ansage auch mit Blick auf die Ausgrenzungsstrategien gegenüber der Islamischen Gemeinschaft Deutschland oder Milli Görüs. Bereits unter dem SPD-Innenminister Schily wurde verfügt, dass staatliche Stellen sowie Initiativen, die staatlich gefördert werden, keine gemeinsamen Aktivitäten mit als verfassungsfeindlich geltenden islamischen Organisationen durchführen dürften. Köhler verkündete im Übrigen vor zwei Jahren auch einen ehrgeizigen Zeitplan, nach dem die gemeinsame Interessenvertretung noch im laufenden Jahr zustande gekommen sein werde. Dass es nun länger gedauert hat, dürfte an der bei einigen Beteiligten noch notwendigen Überzeugungsarbeit gelegen haben. So berichtet etwa die Hamburger »Zeit«, dass sich die Haltung von DITIB erst nach einem Gespräch von Asiye Köhler mit dem türkischen Außenminister Gül die verändert habe, wobei auch die Bemühungen der Türkei für einen EU-Beitritt eine Rolle gespielt haben dürften. Asiye Köhler, die Ehefrau des konvertierten Axel Köhler, ist laut Zeit-Bericht ohnehin die eigentliche informelle Organisatorin und Mutter des Koordinierungsrats, für dessen Verwirklichung sie bereits seit über zehn Jahren aktiv gewesen sei. Viel zitiert hingegen der Ausspruch von Axel Köhler, für den mit dem KRM ein »sehnlischer Traum« in Erfüllung gegangen sei, und viel gesehen das Bild der vier Verbandsrepräsentanten, was dem KRM sofort den Vorwurf eines Männerbundes einbrachte.

Wer repräsentiert wen?

Nun gibt es also seit April 2007 eine gemeinsame Interessenvertretung, die wohl in Abwägung des noch längst nicht beendeten Prozesses »Koordinierungsrat« genannt wurde. Dabei mag die im September erstmals stattgefundene Islamkonferenz als Katalysator für den letzten Schritt gewirkt haben, Ausgangspunkt der Entwicklung war sie sicherlich nicht. Und nur wer sich bislang nicht mit dem Islam in Deutschland beschäftigte darf sich gewundert haben, dass im KRM die gleichen Verbände und Personen vertreten sind, die bislang schon das Bild des organisierten Islam bestimmt haben. In der Folge einer Haltung, die sich unter dem »einheitlichen Ansprechpartner« vielleicht etwas ganz anderes ausgedacht hat – liberal, säkular, emanzipatorisch –, wird der Finger jetzt in die zweite Wunde gelegt: Der KRM vertrete nur maximal 15 Prozent der Muslime und könne deshalb nicht für »den« Islam in Deutschland sprechen. ...

...

Fortsetzung: Seite 5

Schura Hamburg

[Homepage](#)

IRH

[Homepage](#)

Die Zeit, 03.05.2007:

Christian Parth:
Zu Hause bei Frau
Koordinierungsrat

Koordinierungsrat der Muslime (KRM):

[Zentralrat der Muslime in Deutschland](#)

[Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland](#)

[DITIB - Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion](#)

[VIKZ - Verband der Islamischen Kulturzentren](#)

Info:

Der KRM lässt sich zurzeit am ehesten als informeller Zusammenschluss beschreiben. Es existieren (noch) keine festen Organisations- oder Vereinsstrukturen. Die Funktion des Sprechers soll alle sechs Monate wechseln, derzeitiger Sprecher ist Ayyub Axel Köhler, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime.

Islam-Konferenz

Beherrschendes Thema in der Diskussion um Muslime und Integration war die im letzten Jahr von Bundesinnenminister Schäuble einberufene Islamkonferenz. Auf verschiedenen Internetseiten wird über die Konferenz informiert und diskutiert. Als Einstieg und für einen Überblick eignen sich die Beiträge auf quantara.de sowie auf den Seiten der Böll-Stiftung. Auch auf islam.de, der dem Zentralrat der Muslime nahe stehenden Seite, wurde die Konferenz kommentiert. Hier setzten sich u. a. Irmgard Pinn vom Forum Unabhängiger Muslime sowie Aiman Mayzek, Generalsekretär des Zentralrats, kritisch mit dem ersten Treffen im September 2006 auseinander, Raida Chbib kommentiert das zweite Treffen im Frühjahr 2007.

Die Internetseiten des Bundesinnenministeriums geben selbstverständlich ebenfalls Informationen zur Islamkonferenz, insbesondere sind hier die Interviews mit Innenminister Schäuble und die von ihm im September 2006 abgegebene Regierungserklärung aufschlussreich für die Haltung und die Zielsetzung der Bundesregierung. Die Beiträge lassen sich leider nicht als direkter Link angeben. Sie sind durch die Eingabe des Suchworts »Islamkonferenz« auf den Seiten des Ministeriums auffindbar.

Infos im Netz:

[Steiniger Dialog](#)
Beitrag von Ülger Polat, Migrationsforscherin (Hamburg), in quantara.de

["Der Gipfel!" \(Pinn\)](#)
[Islamkonferenz... \(Mayzek\)](#)

[Bevor die Islamkonferenz baden beht \(Chbib\)](#)

[Bundesinnenministerium](#)

Info des BMI zur Islamkonferenz:

Die Konferenz ist als langfristiger Verhandlungs- und Kommunikationsprozess zwischen dem deutschen Staat und Vertretern der muslimischen Bevölkerung Deutschlands angelegt, der zwei bis drei Jahre dauern soll. Die Beratungen werden in drei Arbeitsgruppen und einem Gesprächskreis geführt:

Arbeitsgruppe 1: Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens

Arbeitsgruppe 2: Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis

Arbeitsgruppe 3: Wirtschaft und Medien als Brücke

Gesprächskreis Sicherheit und Islamismus

Als Ergebnis des Gesprächsprozesses wird eine auf einem breit angelegten Konsens basierende Übereinkunft zwischen der deutschen Aufnahmegesellschaft und der muslimischen Bevölkerung Deutschlands angestrebt, in der sich beide Seiten zur Einhaltung gesellschafts- und religionspolitischer Grundsätze verpflichten. Hierbei steht insbesondere die verbindliche Beachtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Vordergrund. Bei der Konferenz handelt es sich um einen nationalen Dialog, der die hier lebenden Muslime auf dem Weg der Integration weiter an unser Land bindet: »Muslime in Deutschland – Deutsche Muslime«

Aus: »Islam in Deutschland« auf bmi.bund.de (03.06.2007)

Rechtliche Situation der Muslime in Deutschland

Am 18. April 2007 hat die Bundesregierung ausführlich auf eine Große Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen zur rechtlichen Situation der Muslime in Deutschland geantwortet. Auf 88 Seiten werden Aspekte des Bestattungswesens, der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts und die damit zusammenhängenden laufenden Modellversuche, der Seelsorge in Krankenhäusern und Rechtsfragen wie dem Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts beantwortet. Dabei wird häufig auf die Situation in den einzelnen Bundesländern eingegangen. Weitere Fragen beziehen sich auf die Ausbildung und Stellung der Imame, der (kirchlichen, muslimischen) Trägerschaft von Krankenhäusern und die Modelle der Beteiligung und Repräsentation von Muslimen in Europa. Oftmals wird dabei zum Vergleich auch die Situation bei den großen Kirchen herangezogen.

Bei einigen Fragen allerdings sagt die Bundesregierung, dass ihr keine Informationen vorlägen (z. B. zur Herkunft der Imame bei Milli Görüs), doch schmälert dies den Wert des Dokuments, das nach der Großen Anfrage aus dem Jahr 2000 zum ersten Mal eine zusammenfassende Information aus Sicht der Regierung gibt, insgesamt nicht. Federführende Stelle bei der Beantwortung war das Bundesinnenministerium.

Auf dem Bundestagsserver steht derzeit (Stand: 02.06.2007) eine noch nicht lektorierte Fassung zur Verfügung, die demnächst ersetzt werden soll.

Download

[Rechtliche Situation der Muslime - Antwort der Bundesregierung \(BT-Drucksache 16/5033 vom 18.04.2007 \(PDF, 350 KB\)\)](#)

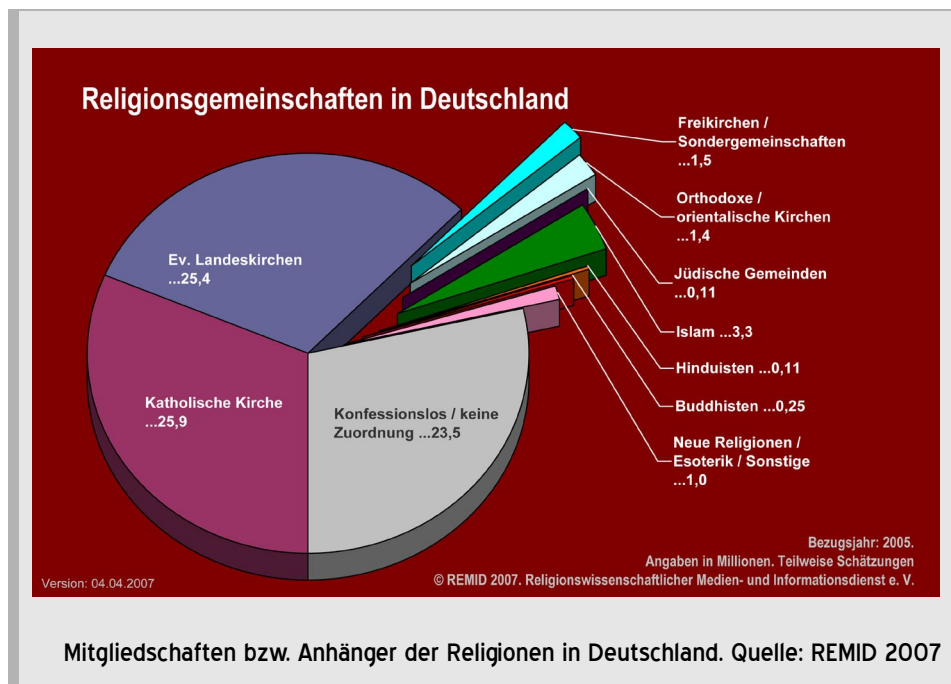
Koordinierungsrat der Mulime | Fortsetzung von Seite 3

Das Argument der ungenügenden Repräsentanz – und damit der fehlenden Legitimation – wird quer durch die Parteienlandschaft verwendet, mal in freundlich-distanzierter Skepsis, mal auch in offener Kritik. Es findet seine Verstärkung in entsprechenden Äußerungen von KritikerInnen des real existierenden Islam wie etwa der sich als säkular-islamisch bezeichnenden Soziologin Kelec.

Diese Diskussion leidet im Grunde an dem fehlenden Wissen über den gelebten Islam und den daraus resultierenden Gleichsetzungen mit den christlichen Kirchen, die benutzt werden, um mit vorhandenen Informationen überhaupt umgehen zu können – oder sie für politische Zwecke zu benutzen.

Dass der Koordinierungsrat nur für 15 Prozent der Muslime reden könne wird aus den Mitgliedszahlen der nachgelagerten Verbände errechnet. Die Geschichte der Verbände wie auch die Organisationsstrukturen des Islam insgesamt zeigen aber, dass die persönlichen Mitgliedschaften in den Moscheevereinen in keiner Weise mit den Mitgliedschaften etwa in christlichen Freikirchen oder gar in den Volkskirchen verglichen werden können. Bei Ersteren bedeutet Glaubensüberzeugung in der Tat Mitgliedschaft in der lokalen Gemeinde. Bei den Volkskirchen bedeutet – zunehmend abnehmend – die Geburt in einer christlichen Familie die Mitgliedschaft in der Kirche durch Kindestaufe. Entsprechend halten die Verbände entgegen, dass mindestens 30 Prozent der Muslime in ihren Moscheen am Freitagsgebet teilnehmen. Rechnet man die besonderen islamischen Feiertage hinzu, liegt die Moscheebesuch-Quote bei rund 50 Prozent oder mehr. Somit spreche der KRM für mindestens eine Million Muslime in Deutschland. Was aber, wenn die Gläubigen am Freitag in eine Milli-Görüs-Moschee gehen, weil sie nur ihre Gebete verrichten wollen, ohne dass sie damit die Ausrichtung des Verbands teilen? Dies bringen die Islam-Kritiker ins Spiel, doch auch für sie gilt: auf eine empirische Datenbasis kann sich im Grunde niemand berufen. Alltagsreligiosität – und das gilt auch für die Aktivitäten von echten oder vermeintlich verfassungsfeindlichen Vereinen – ist wesentlich schwieriger zu erforschen als Koransuren oder theologische Abhandlungen, nach denen das Tragen eines Kopftuchs oder das rituelle Schlachten von Tiere nun vorgeschrieben sein mag oder nicht. Auf diesen Umstand hat in der aktuellen Debatte beispielsweise der renommierte Islamwissenschaftler Peter Heine hingewiesen.

Vielleicht muss man die immer wieder kolportierte Zahl von 3,3 Millionen Muslimen in Deutschland selbst kritisch hinterfragen. Sie ergibt sich aus Schätzungen, ausgehend von der formalen Religionszugehörigkeit von Migranten nach den Herkunftsländern, ergänzt um Befragungen, wie sie etwa das Zentralinstitut Islam-Archiv in Soest durchführt, und gestützt durch weitere Umfragen. »Muslim Sein« bedeutet hier aber in etwa so viel wie »Mitglied einer Volkskirche« oder »Glaube an Gott«. Eine – gelebte – religiöse Überzeugung wird dadurch nicht dargestellt. Das Prinzip der Übertragung der Religion der Herkunftsländer auf die Situation in Deutschland hat so beispielsweise auch dazu geführt, dass die türkischen Aleviten, deren Zahl zwischen 400.000 (nach der wissenschaftlichen Literatur) und 700.000 (in Medien genannte Selbstangabe) in den 3,3 Millionen Muslimen enthalten ist – obwohl die Aleviten als Gemeinschaft, die durch ihre



Daten zu Religionen in Deutschland

Liste einzelner Gemeinschaften (REMID)
 Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (fowid)
 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
 Katholische Kirche (DBK)

Die laufend aktualisierte REMID-Übersicht enthält Zahlen von Einzelgemeinschaften.

Das fowid-Portal (Humanistischer Verband Deutschlands und Giordano-Bruno-Stiftung) bereitet Umfragen auf.

Auf den Seiten der EKD und der DBK (Deutsche Bischofskonferenz) gibt es Zahlen zur Kirchenmitgliedschaft und zu kirchlichen Amtshandlungen.

Entstehung im 13. Jahrhundert zahlreiche Sonderlehren vertritt, in der Türkei immer wieder Verfolgungen von Seiten der islamischen Machthaber ausgesetzt war. Ähnliches gilt für die weit geringere Anzahl der Ahmadiyya-Muslime, die heute noch in islamischen Ländern unterdrückt werden, obwohl in der Praxis zu rund 95 Prozent eine Übereinstimmung mit dem konservativen sunnitischen Islam bestehen dürfte. Diese Gemeinschaften können qua Theologie überhaupt nicht vom Koordinierungsrat vertreten werden. Und schließlich gibt es unter den »Zählmuslimen« selbstverständlich eine große Gruppe, der Religion gleichgültig ist – so wie nach einer von der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland im Internet verfügbaren Befragung knapp die Hälfte der landeskirchlichen Protestanten und auch 30 Prozent der katholischen Christen sagt, dass ihre Weltanschauung keiner religiösen Lehre folgt oder zumindest nur unwesentlich von einer religiösen Lehre geprägt ist.

Es ist also noch eine Menge an Forschungs- und Differenzierungsarbeit zu leisten. Es wäre durchaus ein richtiger Schritt anzuerkennen, dass es für die Funktion des Koordinierungsrates genügen würde, wenn er nur die praktizierenden »ökumenischen« (sunnitischen, schiitischen) Muslime vertritt und bestimmte Sondergruppen in eigener Weise repräsentiert sein müssen – wenn man in gleicher Weise anerkennt, dass auch die großen christlichen Kirchen nicht für alle ihre 50 Millionen gezählten Mitglieder sprechen. Das sagt noch nichts über die kulturelle Verankerung des Christentums aus, würde aber die derzeitige Debatte um die angebliche oder vorhandene Vertretungsbefugnis der islamischen Verbände deutlich entschärfen helfen.

Vertretung der »Konfessionslosen«

Eine weitere Folge der Zuschreibung des »Muslim-Seins« qua Abstammung, Herkunft oder Elternhaus ist der Gedanke, dass auch die sog. säkularen Muslime als Muslime repräsentiert sein müssen. Diese Diskussion wird zum Beispiel im Umfeld der Islamkonferenz des Innenministeriums geführt. Hier spiegelt sich im Grunde eine Wahrnehmung wieder, die in anderen Zusammenhängen um Migration und Integration als Ethnisierung bekannt ist. Die betroffenen Personen werden als Gläubige eingeordnet, weil man sie in Diskursen um Religion den (zugewanderten, teilweise eingebürgerten) 3,3 Millionen Muslimen zuordnet. Nun sind aber die (ehemals meist christlichen) Nicht-Gläubigen ebenfalls den 50 Millionen Volkskirchen-Christen oder gezählten knapp 30 Millionen »Konfessionslosen« zugeordnet, ohne dass man für sie in Fragen und Beratungen rund um Religionen und Weltanschauungen eigene Vertretungsinstitutionen fordert, damit etwa in einer Debatte um Zuwanderungsrecht oder Bioethik alle gesellschaftlichen Gruppierungen eingebunden seien.

Abgesehen von den Bemühungen der etablierten Verbände der Konfessionslosen und Humanisten (Humanistischer Verband, Internationaler Bund der Konfessionslosen und AtheistInnen), einen »Zentralrat der Konfessionslosen« als gemeinsame Interessenvertretung zu etablieren und dem von einigen dieser Verbände getragenen »Zentralrat der Ex-Muslime« haben es die nicht-religiösen Menschen in Deutschland bislang nicht als erforderlich angesehen, eigene, weltanschaulich orientierte Organisationen zu schaffen, um spezifische Anliegen zu vertreten. Einzig die bislang in Religionsfragen eher zurückhaltende Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) versucht, sich als Verband der säkularen Muslime zu etablieren, wobei die nationale Rückbindung an die Türkei deutlich zutage tritt. Generell ist wohl zu sagen, dass die Interessen nicht-gläubiger Menschen von den etablierten Organisationen, Vereinen und Parteien – die sich ja in der Regel in Religionsfragen bewusst eher verhalten – hinreichend artikuliert und umgesetzt. In gleicher Weise muss mit dem Phänomen der sog. säkularen Muslime umgegangen werden: ihre Interessen müssen über die bestehenden Strukturen vertreten werden, was vor allem bedeutet: sie dürfen von der Mehrheits- oder Aufnahmegesellschaft nicht als »Doch-Noch-Muslime« betrachtet und weiterhin in ein Raster eingeordnet werden, nach dem es einheimische Christen gibt und zugewanderte – noch zu integrierende – Muslime (oder Anhänger anderer Religionen). Nachdem der »Faktor Religion« in Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Integration lange Zeit zu Unrecht überhaupt nicht beachtet wurde, darf etwa die Anerkennung des Islam und die auf der Tagesordnung stehende rechtliche Gleichstellung nicht zu einer nachträglichen Religionisierung aller Migrantinnen und Migranten führen, nur weil sie oder ihre Familien ursprünglich aus arabischen Ländern oder der Türkei stammen. Der organisierte Islam kann nicht für alle Integrationsfragen in Anspruch genommen werden. Die (religiöse) Pluralisierung ist komplexer, als es gewohnte Wahrnehmungen erscheinen lassen, so dass auch im gesellschaftlichen Raum neue Strategien und Strukturen gefunden werden müssen.

Info TGD:

14 Religionspolitische
Thesen (Sept. 2006)

Islam-Infos der Bundeszentrale für politische Bildung

Als ein guter Ausgangspunkt für erste allgemeine Informationen zum Islam in Bezug auf aktuelle Debatten eignet sich immer wieder das Webangebot der Bundeszentrale für politische Bildung. Hier finden sich eine Reihe von Statements und vertiefenden Artikeln, ebenso auch eine Reihe interessanter Links.

Im Mai 2007 sind darüber hinaus auch wieder einige neue Bücher über die Bundeszentrale herausgegeben worden, zum Beispiel »Zwischen Pop und Dschihad« über muslimische Jugendkulturen oder »Europas islamische Eliten«.

Link:

[Einstiegsseite Islam](#)

Internet-Dossier: Muslimische Vielfalt in Deutschland

Ein sehr umfassendes Dossier zur Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2007 ins Netz gestellt. In den Rubriken Soziokulturelle Vielfalt, Religiöses Leben, Partizipation und Politik, Debatte sowie Materialien finden sich verschiedene Beiträge, meist von Islamwissenschaftlerinnen, und natürlich auch Links. Alle aktuell in der Diskussion befindlichen Themen werden angeschnitten. Besonders interessant sind etwa die Beiträge zur muslimischen Rapperin Sahira, zum muslimischen Filmemacher Murat Ünal, zu islamischen Fraueninitiativen oder muslimischen Jugendlichen. Sie zeigen die Pluralität islamischer Lebensgestaltung jenseits der Moschee. Einen Überblick über aktuelle Studien zum Islam in Deutschland fehlt ebenso nicht. Hier werden sowohl Bücher als auch neue EU-Studien zur Islamfeindlichkeit vorgestellt.

Die Konzeption des Dossiers wurde von Riem Spielhaus, Betül Yilmaz und Clemence Delmas entwickelt, die auch das Projekt »Muslimische-Stimmen.de« initiiert haben. Von Seiten der Böll-Stiftung ist die Mitarbeiterin Olga Drossou beteiligt.

Link:

[Portal »Migration - Integration - Diversity«: Dossier Islam](#)

Euro-Islam

Die Diskussionen um den sog. Euro-Islam werden insbesondere vor der Frage geführt, ob eine spezifische Identität der Muslime in Europa möglich ist, in der sich die Religion mit den Ansprüchen des demokratischen und politisch säkularen Europa verbindet. Als Grundvoraussetzung gilt dabei, dass die emotionalen, sozialen und politischen Bindungen der Muslime zu ihren außereuropäischen Herkunftsländern aufgelöst werden sollten, damit der oft auch selbst behauptete Status als »Fremder in Europa« überwunden werden kann und theologische Konzepte für das Leben als Minderheit unabhängig von Ideen aus islamischen Mehrheitsgesellschaften entwickelt werden können. Für eine solche Position steht etwa auf islamischer Seite Tariq Ramadan.

Auf einer Webseite von eurotopics.net werden diese Fragen in verschiedenen Beiträgen diskutiert, zusätzlich gibt es Verweise auf weitere Medienbeiträge.

Die Seite euro-islam.info stellt länderspezifische aktuelle Informationen sowie Dokumente und Publikationshinweise zusammen, allerdings in englischer Sprache. Dieses Projekt wird von der »Groupe de Sociologie des Religions et de la Laïcité (GSRL) des Centre National de la Recherche Scientifique CNRS in Paris getragen; aus Deutschland ist u. a. Riem Spielhaus assoziiert.

Links:

[euro-islam.info](#)
[eurotopics: Euro-Islam](#)

Muslime in der Europäischen Union - EU-Berichte

Auch weil ein Link im oben genannten Dossier der Böll-Stiftung nicht zum Ziel führt (03.06.2007) und weil die EU-Seiten etwas unübersichtlich sind, nebenstehend der direkte Link zu einer neuen EU-Studien zum Islam in Europa:

Muslime in der Europäischen Union. Diskriminierung und Islamphobie. Hg. von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.

Eine weitere interessante Studie findet sich über die Seite euro-islam.info: Securitization and Religious Divides in Europe. Muslims in Western Europe After 9/11: Why the term Islamophobia is more a predicament than an explanation. Bereits am 1. Juni 2006 wurde dieser 323-seitige Report der EU-Kommission, an dem verschiedene WissenschaftlerInnen Europas beteiligt waren, veröffentlicht.

Download
der Studien (PDF):

[Muslime in der Europäischen Union \(140 Seiten, 750 KB\)](#)
[Securitization and Religious Divides \(323 Seiten, 5 MB\)](#)

Medienanalyse: Islam bei ARD und ZDF

Prof. Kai Hafez vom Lehrstuhl für Vergleich von Mediensystemen / Kommunikationskulturen der Universität Erfurt und seine Mitarbeiterin Carola Richter haben im Januar eine Untersuchung der Magazin- und Talksendungen bei ARD und ZDF vorgelegt. Erfasst wurden Sendungen von Mitte 2005 bis Ende 2006. Auch wenn, wie Anfang Juni noch über die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung verbreitet, ARD und ZDF in einer eigenen Studie »Migranten und Medien« (noch nicht online) darlegen, dass MigrantInnen verstärkt deutsche Medien nutzen und auch darauf hingewiesen wird, dass oft ein »unvollständiges« Bild gezeichnet wird, ist die Erfurter Studie – zumindest für die letzten beiden Jahre – eindeutig und bestätigt noch einmal bisherige Untersuchungen.

In den abschließenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen fassen die Autoren u. a. zusammen, dass der öffentlich-rechtliche Programmauftrag zur ausgewogenen Information nur unzureichend erfüllt werde. Außerdem sprechen sich Hafez und Richter für die Berufung von Muslimen in die Rundfunkräte aus.

Download:

[Das Gewalt- und Konfliktbild des Islams bei ARD und ZDF \(PDF, 15 Seiten, 115 KB\)](#)

Aus der Studie:

»In der Gesamtschau lässt sich sagen, dass sich die Darstellung des Islams in den Magazin- und Talksendungen sowie Dokumentationen/Reportagen des deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu über 80 % an einem Bild orientiert, in dem diese Religion als Gefahr und Problem in Politik und Gesellschaft in Erscheinung tritt. Das Islambild dieser Formate bei ARD und ZDF ist ein zugespitztes Gewalt- und Konfliktbild, das den Eindruck vermittelt, dass der Islam weniger eine Religion als vielmehr eine politische Ideologie und einen gesellschaftlichen Wertekodex darstellt, der mit den Moralvorstellungen des Westens kollidiert. Der Nachrichtenfaktor ›Konflikt‹ dominiert ganz eindeutig, d. h. Themen werden begünstigt, die ein konflikthafte, in weiten Teilen sogar ein offen gewaltsames Geschehen beinhalten..« (Seite 5)

Weitere Texte im Web und interessante Seiten

Neue Texte der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung widmet sich kontinuierlich dem Thema Muslime und Religionen in demokratischen Gesellschaften; hier hat z. B. Thomas Lemmen vor einigen Jahren die viel beachtete Studie über islamische Organisationen und über islamischen Alltag in Deutschland veröffentlicht. Darüber hinaus publiziert die Stiftung immer aktuelle Kurzanalysen zu internationalen Entwicklungen. Neu erschienen sind ein Übersichtsbeitrag zur Situation in der Türkei sowie ein Beitrag von Thomas Meyer über »Religion und Politik: ein neu belebtes Spannungsfeld.«

Download:

[Zur aktuellen Lage in der Türkei \(PDF, 2 Seiten\)](#)
[Religion und Politik \(PDF, 20 Seiten\)](#)

gg19 - Grundrechte und Demokratie

Ein Filmprojekt zu den Grundrechten in der deutschen Verfassung ist am 31. Mai in die deutschen Kinos gekommen: gg19. »19 gute Gründe für Demokratie« fasst in 146 Minuten 19 Einzelbeiträge zu 19 Grundrechtsartikeln zusammen (wobei anzumerken ist, dass auch die »Justizartikel« 101 ff. Grundrechte enthalten). Das Projekt wurde vom Produzenten Harald Siebler seit 2004 verfolgt, an der Realisierung waren u. a. der Bayerische Rundfunk, WDR, SWR und ZDR beteiligt.

Erfreulich ist, dass der Beitrag zu Art. 4 (Glaubens- und Gewissensfreiheit) nicht den Islam thematisiert, sondern einen jungen Menschen, der sich in den neuen Ländern einer christlichen Gemeinschaft anschließt. Die muslimische Kopftuch tragende Lehrerin taucht dann jedoch im Film zu Art. 7 (Schulwesen) auf.

»gg19« ist ein Filmprojekt, das wahrscheinlich leider nur kurze Zeit in den Kinos sein wird. Bereits die Präsentation auf der Internet-Seite macht auf den Film neugierig, und es scheint offenkundig, dass hier mittels des Mediums Film eine gute Basis für die Auseinandersetzung um die für eine Demokratie elementaren Grundrechte gelungen ist, die sich für die Beahndlung in verschiedenen Unterrichtsfächern eignet.

Das Buch zum Film ist von Uwe Wesel und Harald Siebler herausgegeben.

Link:

[gg19 - Homepage](#)

Kurzinfo:**Rechtliche Fragen zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften**

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages gibt auf zwei Seiten in seiner Reihe »Der aktuelle Begriff« eine knappe Zusammenfassung zum Thema, wobei der Schwerpunkt auf Scientology liegt. Unmittelbarer Anlass war die Eröffnung der neuen Scientology-Niederlassung in Berlin Anfang des Jahres. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Gerichte es meist umgehen, den rechtlichen Status von Scientology als Religionsgemeinschaft zu bewerten – weil in der Regel diese Frage zur Klärung der Sachverhalte, die vor Gericht verhandelt werden, nicht von Bedeutung ist. Datum der Veröffentlichung: 29.01.2007.

Download:

[Rechtliche Fragen...](#)
(PDF, 2 Seiten)

Link:

[Wissenschaftlicher Dienst: Startseite](#)

Aus Politik und Zeitgeschichte: Religion in der Gesellschaft

Die Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte« der Bundeszentrale für politische Bildung, deren Printversion dem Wochenblatt »Das Parlament« beiliegt, hat sich in seinem Heft vom 5. Februar 2007 dem Thema »Religionen in der Gesellschaft« gewidmet. Die Beiträge beschäftigen sich vor allem aus einer Konfliktperspektive mit Religionen.

Bereits im Februar 2005 erschien das Heft »Religion und Gesellschaft«, das sich den Themen Religionen und Globalisierung, Vatikan als Global Player, Katholizismus und Demokratie, Islam in der Weltpolitik sowie theo-konservative Politik Amerikas widmete. Und im Mai 2005 folgte das Heft »Muslime in Europa«.

Die Links führen zur einer Inhaltsangabe der Hefte, die PDF-Version enthält jeweils die gesamte – in der Print-Version vergriffene – Zeitschrift.

Links zum Inhalt:

[Religion in der Gesellschaft \(05.02.2007\)](#)

[Religion und Gesellschaft \(14.02.2005\)](#)

[Muslime in Europa \(17.05.2005\)](#)

Download PDF:

[Religion in der Gesellschaft \(40 Seiten, 2,5 MB!\)](#)

[Religion und Gesellschaft \(40 Seiten, 380 KB\)](#)

[Muslime in Europa \(32 Seiten, 340 KB\)](#)

Evangelischer Kirchentag 2007

Vom 6. bis 10. Juni findet in Köln der 31. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Als Laientreffen evangelischer ChristInnen wurde der Kirchentag 1949 in Hannover begründet. Es ging darum, ein von der Amtskirche unabhängiges Forum zu schaffen, auf dem die Verantwortung des Glaubens für die Gesellschaft aus einer christlichen Frömmigkeit heraus diskutiert und belebt werden sollte. Zu einem Massentreffen mit 100.000 und mehr TeilnehmerInnen wurde der Kirchentag in den 1980er Jahren. Seine Eigenschaft als unabhängiges Forum hat sich der Kirchentag bis heute bewahrt; viele Initiativen zur Ökumene, zu Frieden und Ökologie fanden auf dem Kirchentag ihren nicht nur medienwirksamen Ausdruck. Seit 1957 findet der Kirchentag alle zwei Jahre statt, 2003 gab es zum ersten Mal einen ökumenischen Kirchentag. Auf katholischer Seite wird gleichsam im Wechsel mit dem protestantischen Laientreffen vom Zentralkomitee der Katholiken der Katholikentag veranstaltet. Der nächste ökumenische Kirchentag ist für 2010 geplant.

Die Webseite des Kirchentags gibt ausführliche Informationen zu den Veranstaltungen; ein Newsletter informiert über aktuelle Ereignisse rund um das Treffen. Im Bereich »Die Bewegung«, »Archiv« können Dokumente (Redebeiträge, Pressemeldungen, Resolutionen) vergangener Kirchentage heruntergeladen werden.

Links:

[Kirchentag 2007](#)

[Katholikentag 2008](#)

Gericht hebt Einreiseverbot für Moon auf

Seit 1995 zieht sich ein Konflikt zwischen der Bundesregierung und der Vereinigungskirche (sog. Mun-Sekte) hin. Damals wurde dem aus Korea stammenden Gründer der neuen Religion, Sun Myung Moon, und seiner Ehefrau die Einreise in die Bundesrepublik verweigert. Die international tätige Vereinigungskirche vertrat Werte und politische Ziele, die nicht mit dem Grundgesetz vereinbar seien; als Beispiele galten, wie in den Gerichtsurteilen ausgeführt, die Vorstellungen von Ehe und Familie, der Plan einer von Korea aus geführten Weltherrschaft und die Persönlichkeitszerstörung ihrer Mitglieder. Wegen zu erwartender heftiger öffentlicher Reaktionen im Falle einer Anwesenheit Moons in Deutschland sei zudem die Sicherheit gefährdet. Das Einreiseverbot wurde 1998 und 2002 verlängert, da sich die Vereinigungskirche im Grundsatz nicht verändert habe. Die erwarteten Konflikte seien deswegen nicht aufgetreten, weil das Ehepaar Moon nicht in Deutschland war.

Links:

[Vereinigungskirche \(Homepage\)](#)

[Dokumente zur Einreiseverweigerung](#)
(wird ohne Navigation der Homepage angezeigt)

Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Oktober 2006 die bisherigen Urteile zum Einreiseverbot aufgehoben hatte, hat nun das Oberverwaltungsgericht Koblenz mit Urteil vom 4. Mai 2007 letztgültig die Zulässigkeit der Einreise bestätigt.

Die Vereinigungskirche hat den Verlauf des Verfahrens auf ihrer Webseite dokumentiert. Dort sind – neben der Darstellung der eigenen Sicht – insbesondere alle Urteile seit 1998 enthalten.

Juden in München

Anlässlich der Eröffnung der neuen Hauptsynagoge in München am 9. November 2006 hat der Bayerische Rundfunk eine Info-Seite über Juden in München ins Netz gestellt. Hier werden unter anderem einige interessante Orte und Daten jüdischen Lebens in München vermittelt – zum Beispiel die jüdische Präsidentschaft des FC Bayern München beim ersten Meistertitel 1932. Empfehlenswert sind außerdem die Bild- und Tondokumente, die über das Media-Center auf der Seite aufgerufen werden können. Hier werden Einblicke in Themen der jüdischen Zuwanderung oder des Antisemitismus in Russland gegeben.

Link:

[Juden in München
\(Bayerischer Rundfunk\)](#)

Erzählte Migrationsgeschichte

Die Seite [migration-audio-archiv.de](#) stellte vor kurzem 100 Erzählungen von Migrantinnen und Migranten online. Enthalten sind auch Erzählungen von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion und von Menschen, die aus religiösen Gründen geflüchtet sind.

Das Projekt wurde u. a. vom WDR und der EXILE Kulturkoordination gefördert; mittlerweile wurde ein Trägerverein gegründet, der das Projekt fortführt. Sog. Audiolounges, Installationen zum Hören der Geschichten, können für Veranstaltungen gemietet werden.

Die Internetseite wurde im Mai für den diesjährigen Grimme-Preis nominiert. Leider fehlen der Seite Hinweise zu den einzelnen über Bilder anklickbaren Erzählungen (gesehen mit Firefox 2.0).

Link:

[maa - Migration Audio
Archiv](#)

TV-Programm - Suchmaschine

Als Ableger des privaten Internet-Informationssdienstes [intern.de](#) ging im Oktober 2006 die 2005 etablierte Fernsehprogramm-Suchmaschine [tv.intern.de](#) nach Softwareverbesserungen wieder an den Start. Nach Genres oder Stichworten werden alle Sendungen bis zu zehn Tagen im Voraus angezeigt. Neben den für den Religionsbereich typischen Dokumentationen und Spielfilmen können z. B. unter dem Suchwort »Buddhismus« auch die Simpsons erscheinen, weil anlässlich des Weihnachtsfestes Lisa Simpson ihrem Vater mit Hilfe des Buddhismus erklärt, dass Geschenke im Grunde nicht glücklich machen.

In der Suchmaschine neu hinzugekommen ist eine Retro-Suche zu vergangenen Sendungen.

Link:

[tv.intern.de](#)

Tagungen und Seminare bis August 2007

Aufgenommen sind nur mehrtägige Veranstaltungen.

Juni

15.06.-17.06.2007: Muslimisches Leben in Hamburg

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung

Ort | Kontakt: Julius-Leber-Forum, Hamburg | hamburg@fes.de

[Das Seminar ist ausgebucht, es besteht eine Warteliste]

15.06.-17.06.2007: Dialog der Religionen: Religion ohne Religionskritik?

Veranstalter: Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern

Ort | Kontakt: Güstrow, Haus der Kirche | info@ev-akademie-mv.de

18.06.-19.06.2007: Konfliktpotenzial und Brückenfunktion: Religion in Südosteuropa

Veranstalter: Ev. Akademie Tutzing, Südosteuropa-Gesellschaft
 Ort | Kontakt: Ev. Akademie Tutzing | satzger@ev-akademie-tutzing.de

22.06.-24.06.2007: Islam und die westliche Welt: Konfrontation oder Kooperation

Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg
 Ort | Kontakt: Cottbus | 0331-292555

22.06.-24.06.2007: Der Stoff, aus dem Verschwörungstheorien sind. Templer, Freimaurer, Vatikan, CIA

Veranstalter: Ev. Akademie Baden
 Ort | Kontakt: Bad Herrenalb | info@ev-akademie-baden.de

25.06.-27.06.2007: Der Status der Religionen in Deutschland. Wie sind Juden, Christen und Muslime gleichberechtigt?

Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin, Muslimische Akademie, Werkstatt der Kulturen
 Ort | Kontakt: Berlin | ewe@eaberlin.de

25.06.-27.06.2007: Islam in Deutschland - Integrationsprobleme und -perspektiven

Studientagung für Polizei, Richter, Staatsanwälte und Interessierte
 Veranstalter: Katholische Akademie Trier
 Ort | Kontakt: Robert-Schumann-Haus, Trier | ressort.politik@bgv-tier.de

**Links zu den
 Veranstaltern /
 Tagungshomepages:**

[Friedrich-Ebert-Stiftung
 Akademie Mecklenburg-
 Vorpommern](#)
[Akademie Tutzing](#)
[Akademie Baden](#)
[Akademie Berlin](#)
[Akademie Trier](#)
[Court Cultures
 \(Universität Erfurt\)](#)
[Summer School
 \(Universität Erfurt\)](#)
[Georg-von-Vollmar-
 Akademie](#)
[Jüdische Geschichte
 \(Universität München\)](#)
[Akademie Rottenburg-
 Stuttgart](#)
[Akademie Arnoldshain](#)
[Pluralität &
 Repräsentation
 \(Universität Bremen\)](#)

Juli**02.07.-05.07.2007: Court Cultures in the Muslim World. Politics and Patronage: 7th - 19th Centuries**

Veranstalter: Universität Erfurt, Islamwissenschaft und Forschungszentrum Gotha für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien.
 Ort | Kontakt: Schloss Friedensstein, Gotha | albrecht.fuess@uni-erfurt.de

14.07.-29.07.2007: Muslims in the West. International Summer School

Veranstalter: Universität Erfurt, Islamwissenschaft
 Ort | Kontakt: Erfurt | jamal.malik@uni-erfurt.de

16.07.-20.07.2007: Frauen und Islam - Frauenrechte in »christlichen« und »islamischen« Ländern

Veranstalter: Georg-von-Vollmar Akademie / Friedrich-Ebert-Stiftung
 Ort | Kontakt: Georg-von-Vollmar-Akademie, Kochel am See | andrea.riesch@gwa.de

22.07.-28.07.2007: Jüdische Geschichte und Kultur Osteuropas. Sommeruniversität

Veranstalter: Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der Universität München
 Ort | Kontakt: Universität München | juedische.geschichte@lrz.uni-muenchen.de
Teilnahmeberechtigt sind Studierende der geisteswissenschaftlichen Fächer, insbesondere Judaistik/Jüdischen Studien, Slavistik, Jiddistik, Geschichte Osteuropas, Philosophie, Religionswissenschaft, Theologie, Geschichte, Literaturwissenschaft, Sprachwissenschaften, Komparatistik, Ethnologie.

23.07.-27.07.2007: Christlich-islamische Beziehungen im europäischen Kontext

Studienwoche für Studierende und junge Wissenschaftler
 In Verbindung mit dem Theologischen Forum Christentum – Islam
 Veranstalter: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
 Ort | Kontakt: Tagungszentrum Hohenheim | froehlich-hof@akademie-rs.de

August**06.09.-08.09.2007: Feindbild Islam - Feindbild Christentum. Aspekte wechselseitiger Wahrnehmung in Geschichte und Gegenwart**

Veranstalter: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und Deutsche Gesellschaft für Missionswissenschaft
 Ort | Kontakt: Tagungszentrum Hohenheim | froehlich-hof@akademie-rs.de

Vorschau September

21.09.-23.09.2007: Der innerprotestantische Dialog – schwieriger als der interreligiöse? Was verbindet und trennt Evangelische und Evangelikale?

Veranstalter: Evangelische Akademie Arnoldshain

Ort | Kontakt: Arnoldshain | office@evangelische-akademie.de

23.09.-27.09.2007: Pluralität & Repräsentation. Religion in Bildung, Kultur und Gesellschaft.

Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Religionswissenschaft mit Beteiligung der European Association for the History of Religions

Veranstalter: Universität Bremen, Institut für Religionswissenschaft / Religionspädagogik

Ort | Kontakt: Bremen | orga@religion.uni-bremen.de

Wettbewerbe / Förderprogramme 2007 / 2008

Aktion Mensch – die Gesellschafter

Interkulturelle Vielfalt, Migration und Zuwanderung ist ein Stichwort der über das Projekt »Die Gesellschafter« der Aktion Mensch geförderten Projekte, Bildung ein weiterer. Nachdem 2006 rund 4,5 Millionen Euro zur Verfügung standen, werden in diesem Jahr 8,0 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Höchstsumme der Projektförderung beträgt 4.000,00 Euro, die Förderdauer maximal ein Jahr. Anträge können laufend gestellt werden.

Link:

[Förderprogramm dieGesellschafter.de](http://Förderprogramm.dieGesellschafter.de)

Sächsischer Förderpreis für Demokratie 2007

2007 wird erstmals der Sächsische Förderpreis für Demokratie verliehen, gemeinsam verantwortet von der Kulturstiftung der Dresdner Bank, der Stiftung Frauenkirche Dresden, der Freudenberg Stiftung und der Amadeu Antonio Stiftung. Auch interkulturelle oder interreligiöse Projekte sind denkbar, da sie der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Demokratie und Menschenrechten dienen. Bewerbungsschluss ist der 16.06.2007.

Link:

[Demokratiepreis Sachsen](http://Demokratiepreis.Sachsen)

Weißt Du wer ich bin?

Das Projekt fördert interkulturelle und interreligiöse Projekte vor Ort mit Zuschüssen von bis zu 1.000,00 €. »Weißt Du wer ich bin« wird von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland und DITIB getragen und vom Bundesinnenministerium gefördert. Die Projektbeauftragte ist bei der Ökumenischen Centrale in Frankfurt a. M. angesiedelt.

Bei der Antragstellung ist zu beachten, dass mindestens zwei der drei monotheistischen Religionen im Projektteam eingebunden sein müssen. Antragsschluss: 15.08.2007

Link:

[Projektseite »Weißt Du wer ich bin?«](http://Projektseite.„Weißt Du wer ich bin?“)

religionen:info | Impressum

Kontakt: steffen.rink@web.de | newsletter@remid.de

Redaktion und Herstellung (V. i. S. d P):



Steffen Rink
Agentur für Text, Web, Grafik und
Dokumentation

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
www.steffenrink.de

Vertrieb:



Religionswissenschaftlicher
Medien- und Informationsdienst e. V.

Universitätsstraße 55 – 35037 Marburg
www.remid.de